Nr. 28/2015 vom 09.07.2015

SPAREN IM KANTON BASEL-STADT

Schwimmen in einem Becken mit zu wenig Wasser

LehrerInnen, Pflegepersonal, PolizistInnen: Im rot-grün regierten Kanton Basel-Stadt bezahlen ausgerechnet jene staatlichen Angestellten die grösste Zeche, die bereits heute unter grossem Druck stehen. Auch das Sozialwesen gerät unter Spardruck.

Von Sarah Schmalz

Demonstration gegen das Sparpaket der baselstädtischen Regierung am 15. April.

FOTO: HANS-JÖRG WALTER

Basel-Stadt bildet keine Ausnahme im Sparreigen der Kantone. Doch im traditionell rot-grün regierten Stadtkanton haben die Pläne der Regierung für besonders heisse Köpfe gesorgt. Über tausend Staatsangestellte protestierten diesen Frühling auf dem Basler Marktplatz gegen die Sparmassnahmen, die von der Regierung im Februar beschlossen worden waren. Das Pikante dabei: Der Stadtkanton schrieb 2014 zum zehnten Mal in Folge schwarze Zahlen. Mit 180 Millionen Franken fiel der Überschuss gar weit höher als erwartet aus.

Statt Gelassenheit herrscht nun aber auch in Basel Sparalarm. 70 Millionen Franken sollen in Basel-Stadt mittelfristig weniger ausgegeben werden. «Strukturelle Defizite» lautet auch hier die gut klingende

Sparbegründung. Pikant ist weiter: Das prognostizierte Finanzloch resultiert zum Grossteil aus der Unternehmenssteuerreform II, die der damalige Bundesrat Hans-Rudolf Merz zwischen 2008 und 2011 nach und nach eingeführt hat. Die Zeche für die Steuergeschenke an GrossaktionärInnen bezahlen nun Staatsangestellte, Kulturschaffende und sozial Benachteiligte. Dabei setzt die baselstädtische Regierung den Rotstift in allen Direktionen an. Das gesamte Staatspersonal muss Lohnkürzungen in Kauf nehmen. Während sich die Sparmassnahmen bei den einen auf die Abwälzung der Nichtberufsunfallversicherung und die Kürzung des Dienstaltergeschenks beschränkt, trifft es andere Kantonsangestellte weitaus härter.

«Nun zieht man uns den Stöpsel»

Bei den Protesten vom Frühling bildeten die LehrerInnen die Mehrheit. Jean-Michel Héritier, Sekretär der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt, bringt die Empörung auf den Punkt: «Man verlangt von uns, dass wir in einem Becken mit zu wenig Wasser schwimmen», sagt er – und spielt damit auf das integrative Schulmodell an, das auch im Kanton Basel-Stadt das Lehrpersonal vor grosse Herausforderungen stellt. Seit sechs Jahren gilt in Basel auf Sekundarstufe: möglichst viel Inklusion leistungsschwacher SchülerInnen in den Regelklassen, möglichst wenig Sonderschulklassen. Vor drei Jahren hielt das Modell auch in den Basler Primarschulen Einzug. Klein-, Einführungs- und Fremdsprachenklassen wurden dort schrittweise abgeschafft. Das Unterrichten wird dadurch immer komplizierter. «Und nun», so Héritier, «zieht man uns den Stöpsel.»

Basel-Stadt spart bei den LehrerInnen überproportional. Zusätzlich zu den vergleichsweise massvollen Sparmassnahmen, die alle staatlichen Angestellten treffen, werden bei der Bildung mit Abstand am meisten Stellen gestrichen: 30,8 der insgesamt 40,9 Vollzeitstellen, die der Kanton einsparen will, betreffen das Schulwesen. Abgeschafft wird etwa die Krisenintervention in den Tagesstrukturen. Zudem wird auf allen Stufen die Klassengrösse angehoben. Für Jean-Michel Héritier sind die Massnahmen ein Affront: «Wir sind schon heute am Limit», sagt er. So sei es bereits jetzt schwierig, ausgebildete Heilpädagoginnen oder Logopäden für die Integrationsarbeit an Regelschulen zu finden, was auch an der mangelnden Attraktivität dieser Berufe liege: «In einer Heimschule bist du als Sozialpädagoge relativ autonom, an einer Regelschule hingegen mehr von den anderen Lehrpersonen abhängig. Wir müssen deshalb oft auf Vorpraktikantinnen ausweichen, die ihre Ausbildung erst beginnen werden.»

Für LehrerInnen, sagt Héritier, sei der Schulalltag heutzutage eine Förderstafette: «Sie müssen mit ihren Schülerinnen und Schülern von Angebot zu Angebot eilen und dabei alles irgendwie unter einen Hut bringen.» Vor diesem Hintergrund die SchülerInnenzahlen anheben zu wollen, sei kaum nachvollziehbar.

Mehr PatientInnen, weniger Zeit

Stress und grosse Belastungen kennt auch das Pflegepersonal. An vorderster Front für dessen Rechte kämpft Isabelle Stocker, Pflegefachfrau, Berufsbildnerin und ehemalige Präsidentin der Basler Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst (VPOD Basel). Während das Erziehungsdepartement 12,5 der insgesamt 70 Millionen Franken sparen soll, sind es im Gesundheitsdepartement gar 15,3 Millionen. Betroffen sind die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die der Kanton für die Betreuung von LangzeitpatientInnen und an die universitäre Lehre und Forschung des Unispitals bezahlt. Sie sollen künftig über die Krankenkasse abgerechnet werden. Das sei mehr Kostenverlagerung als Sparübung, sagt die Regierung: Schliesslich zahle man künftig zwar weniger direkte Beiträge ans Spital – dafür aber mehr über die Fallpauschale: Die Krankenkasse bezahlt 45 Prozent, der Kanton 55. Einen Spareffekt gibt es für den Kanton aber durchaus – muss er doch künftig nicht mehr für die steigende Anzahl der LangzeitpatientInnen aus anderen Kantonen aufkommen.

Stocker hält denn auch nichts von der regierungsrätlichen Beteuerung, die Massnahmen wirkten sich nicht auf das Pflegepersonal aus. Würden auch die gemeinwirtschaftlichen Leistungen über eine Fallpauschale abgerechnet, steige der Effizienzdruck weiter, sagt sie. Die Rechnung sei relativ simpel: «Was auf der Einnahmenseite eingespart wird, muss auf der Ausgabenseite wieder hereingeholt werden. Und das geht nur mit mehr Patienten in kürzerer Zeit.» Die Betreuung von Menschen komme so immer noch mehr unter den Druck, «rentieren zu müssen und noch mehr Gewinn abzuwerfen».

Die Auswirkungen bekommt Stocker bereits heute zu spüren. Der Systemwechsel im Jahr 2012 von der Abgeltung der Spitalaufenthaltstage zur Fallpauschale, die aufgrund einer Diagnose berechnet wird, habe den

Druck auf die PflegerInnen noch einmal enorm erhöht. Das Personal sei bereits jetzt «extrem hart an der Grenze», sagt Stocker. «Wir müssen immer öfter auch nachts Therapien anbieten, um alles im geforderten Zeitraum zu schaffen.» Die Fluktuation beim Pflegepersonal sei entsprechend hoch. «Die Pflegeteams müssen dauernd neue Mitarbeiter einarbeiten – was für weiteren Stress sorgt. Selbst Zwanzig-, Dreissigjährige wollen wegen der hohen Belastung nicht mehr Vollzeit arbeiten. Das muss uns doch zu denken geben.»

Mit Nachwuchsproblemen hat auch die Polizei zu kämpfen. Ihre Anliegen vertritt mit André Auderset, Grossrat der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), ein Bürgerlicher. Wütend macht die PolizistInnen in erster Linie, dass die Regierung parallel zum Sparpaket einen Zustupf gestrichen hat: die Arbeitsmarktzulage. Vor fünfzehn Jahren wurde diese in Basel-Stadt eingeführt – um der damals hohen Abwanderungsquote des Personals in die umliegenden Kantone entgegenzuwirken. 300 bis 400 Franken höher, so hatte eine Studie gezeigt, sind die Polizistenlöhne im Basler Umland. 200 bis 300 Franken immerhin betrug die Marktzulage. Zusammen mit der Abwälzung der Nichtberufsunfallversicherung auf die staatlichen Angestellten käme ein Polizist auf monatlich rund 600 Franken weniger Lohn. «Das spürt ein Familienvater im Portemonnaie», sagt Auderset, der gravierende Folgen befürchtet. Der Kanton Baselland habe «verdächtig zeitgleich mit den Beschlüssen» einen seiner zwei Polizeiausbildungskurse gestrichen, sagt er. Die basellandschaftliche Regierung habe die Abgänge aus dem Stadtkanton offenbar bereits in ihre Planung einberechnet. «Es kann aber doch nicht sein», so Auderset, «dass wir die Ausbildungsarbeit leisten und die anderen Kantone davon profitieren.»

Ob Lehrer, Pflegefachleute oder Polizistinnen: Den Angestellten des öffentlichen Dienstes bleibt nur der Protest – und die Hoffnung auf erfolgreiche Verhandlungen mit der Regierung: Der grösste Teil der Sparmassnahmen liegt in deren Kompetenz. Nur vier Sparmassnahmen bedürfen der Zustimmung des baselstädtischen Grossen Rats (vgl. «Kürzung bachab geschickt» im Anschluss an diesen Text).

Die Liste an sogenannten «Entlastungsmassnahmen» ist lang. Protestiert wird nicht nur gegen Lohn- und Personalentscheide, sondern auch gegen Kürzungen, die auf den ersten Blick nebensächlich anmuten. So etwa gegen die Abschaffung der Wintersport-Materialzentrale, die SchülerInnen aus finanzschwachen Familien bislang die Teilnahme am Lager ermöglichte – oder gegen die Streichung des Gleichstellungspreises.

Rückschritt in der Behindertenpolitik

Drastisch geht die Kantonsregierung auch bei der Behindertengleichstellung vor: Die dafür zuständige Fachstelle wird gleich ganz abgeschafft. In Basel-Stadt sei die Gleichstellung weitgehend erreicht, begründet die Regierung ihren Entscheid. Die Anliegen der Behinderten seien inzwischen in den zuständigen Departementen angekommen, eine Fachstelle sei daher nicht mehr nötig.

Die Streichung ist auf mehreren Ebenen fragwürdig – zuallererst, weil die Fachstelle aus nur einer Person besteht. Kostenpunkt: 160 000 Franken pro Jahr. Für diesen mickrigen Spareffekt gibt Basel-Stadt seine Vorreiterrolle in der Behindertengleichstellung auf: Als der Kanton 2003 seine Fachstelle schuf, war er damit allein auf weiter Flur. Die Städte Zürich und Bern haben inzwischen nach dem Vorbild des einst progressiven Stadtkantons ebenfalls Gleichstellungsfachstellen geschaffen.

Die Kehrtwende leitet Basel-Stadt zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt ein: Vor gerade einmal einem Jahr hat die Schweiz die EU-Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Diese verpflichtet nicht nur den Bund, sondern ausdrücklich auch die Kantone und Gemeinden, Anlaufstellen für die Anliegen behinderter Menschen zu schaffen. «Was die Gleichstellung von Behinderten betrifft, stehen wir erst am Anfang», gab Bundesrat Alain Berset nach der Ratifizierung zu Protokoll.

Für Marc Moser, Pressesprecher des nationalen Behindertenverbands Integration Handicap, ist der Entscheid aus Basel deshalb «ein völlig unverständliches und falsches Signal». Die europaweit angestrebte «inklusive Gesellschaft» sei schliesslich auch in der Schweiz noch längst nicht erreicht, hält Moser fest. «Wir haben etwa den Auftrag, Kinder und Jugendliche mit einer autistischen Störung in die Regelklassen zu integrieren – um nur ein Beispiel zu nennen.» Dazu komme die grosse Herausforderung, die die Zunahme von psychischen Erkrankungen für die Gesellschaft darstellt. «Und vergessen wir nicht die Behinderungen, die mit der zunehmenden Überalterung einhergehen.»

Das Behindertenforum Basel hat eine Petition mit 7500 Unterschriften für den Erhalt der Gleichstellungsfachstelle eingereicht. «Gleichstellungsarbeit ist eine Daueraufgabe», sagt Geschäftsführer Georg Mattmüller. «Das gilt nicht nur für die Gender-, sondern auch für die Behindertenthematik.» Mattmüller spricht aus, was Fachstellenleiter Martin Haug nicht öffentlich sagen darf: Das Präsidialdepartement hat dem Gleichstellungsbeauftragten einen Maulkorb verpasst.

Kürzung bachab

Lediglich vier Massnahmen des baselstädtischen Sparpakets bedürfen einer Gesetzesänderung – und damit der Zustimmung des Grossen Rats. Am vehementesten bekämpften die linken Parteien die Kürzung der kantonalen Beihilfen zu den Ergänzungsleistungen der AHV und IV – mit Erfolg: Der Grosse Rat hat die geplanten Sparmassnahmen auf dem Buckel der Ärmsten bachab geschickt. Er folgte damit der Empfehlung der vorberatenden Kommission. Rund 4,7 Millionen Franken hätte die Basler Regierung mit der Kürzung der Beihilfen sparen wollen. Die einzelne AHV- oder IV-Bezügerin hätte monatlich nur noch 34 statt 84 Kantonsfranken erhalten. «Wird gespart, kommen die Beihilfen immer auf den Tisch», sagt Tonja Zürcher von der baselstädtischen Linkspartei Basta!. «Wir haben nun aber schon zum dritten Mal verhindert, dass Basel-Stadt bei den Bedürftigsten spart.»

Rund 15 Sparmillionen werden in Basel-Stadt insgesamt vom Parlament verhandelt. Diskussionslos verabschiedet wurde die Streichung der Kantonsbeiträge an die Betreuung in der Familie. «Diese waren auch aus linker Sicht familienpolitisch fragwürdig», sagt Zürcher. Erst nach den Ferien berät das Parlament über die allgemeinen Massnahmen beim Personal. Chancen hat laut Zürcher ein Nein zur Reduktion des Dienstaltergeschenks. Bei der Nichtberufsunfallversicherung hingegen stehen die Staatsangestellten heute weit besser da als in der Privatwirtschaft. «Warum das so bleiben sollte», so Zürcher, «wird schwer zu vermitteln sein.»

Quelle: WoZ Nr. 28, 9. Juli 2015

Nª chste Seite:

Nr. 28/2015 vom 09.07.2015

INTERVIEW MIT EVA HERZOG

«Wäre es besser, das Geld hinauszuwerfen?»

Die baselstädtische SP-Finanzdirektorin Eva Herzog verteidigt das Sparpaket ihrer Regierung. Würde nicht gespart, bekäme Linksgrün bei den nächsten Wahlen die Quittung.

Interview: Sarah Schmalz

Nr. 28/2015 vom 09.07.2015

INTERVIEW MIT EVA HERZOG

«Wäre es besser, das Geld hinauszuwerfen?»

Die baselstädtische SP-Finanzdirektorin Eva Herzog verteidigt das Sparpaket ihrer Regierung. Würde nicht gespart, bekäme Linksgrün bei den nächsten Wahlen die Quittung.

Interview: Sarah Schmalz

Eva Herzog.
FOTO: ANDY BODMER

WOZ: Frau Herzog, Basel-Stadt will siebzig Millionen sparen. Haben Sie als Vertreterin einer linken Regierung keine andere Antwort auf die von den Bürgerlichen verschuldeten Steuerausfälle?
Eva Herzog: Der Kanton Basel-Stadt schreibt seit zehn Jahren schwarze Zahlen, weil wir eben nicht der bürgerlichen Politik gefolgt sind, die Steuern – davon ausgehend, dass das mehr Einnahmen bringt – ins Bodenlose zu senken. Wir haben stattdessen Familien mit tiefem Einkommen und Menschen am Existenzminimum begünstigt. Mit den Überschüssen der letzten Jahre haben wir vor allem Schulden abgebaut und die Pensionskasse zweimal saniert. Nun sehen wir uns erstmals zu Massnahmen gezwungen, um ein strukturelles Defizit zu vermeiden, während andere Kantone schon das zweite oder dritte Paket verabschieden.

Die Sparmassnahmen sind eine Folge der Unternehmenssteuerreform II, der USR II, von Exbundesrat Hans-Rudolf Merz. In Basel-Stadt wurde diese mit fast sechzig Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Ihre Massnahmen sind doch Verrat an diesem Votum.
Ich habe die Unternehmenssteuerreform II ebenso klar abgelehnt wie die baselstädtische Bevölkerung. Aber nach der Abstimmung wurde sie auch von unserem Kantonsparlament umgesetzt, ohne dass jemand das Referendum ergriffen hätte.

Begünstigt wurden von der USR II vor allem Grossaktionäre. Nun streicht der Kanton seine Leistungen zusammen, um diese Steuergeschenke auszugleichen. Und das soll linke Politik sein?
Fänden Sie es denn besser, wenn wir als links-grüne Regierung in dieser Situation das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen würden? Eine Regierung, die die Finanzen nicht im Griff hat, bekommt dafür doch die Quittung. Und dann würde irgendwann eine bürgerliche Regierung ein Sparpaket schnüren – das sicher nicht so massvoll ausfallen würde wie das jetzige. Die Bevölkerung erwartet von uns, dass wir konzentriert investieren – in Bildung, ÖV, Tagesbetreuung und Sicherheit. Wir dürfen nicht in die roten Zahlen geraten.

Nochmals: Das ist keine linke Politik. Immerhin weist der Kanton Basel-Stadt für das Jahr 2014 einen Überschuss in Höhe von 180 Millionen Franken aus.
Eine Vermeidung struktureller Defizite und einen haushälterischen Umgang mit Finanzen finde ich sehr sozialdemokratisch, sie ermöglichen erst einen starken und handlungsfähigen Staat. Wir investieren noch immer viel in den öffentlichen Dienst und schauen gut zu den sozial Schwachen. So haben wir die Prämienverbilligungen jeweils voll an die Steigerung der Krankenkassenprämien angepasst und werden dies auch weiterhin tun. Und wir haben die Familienmietzinsbeiträge um fünf Millionen Franken erhöht. Seit 2009 geben wir im Sozialen hundert Millionen Franken mehr aus.

Nun sparen Sie aber in vorauseilendem Gehorsam, statt für Ihre Kernthemen einzustehen: die Bildung oder das Gesundheitswesen.
Wir handeln nicht vorauseilend, sondern vorausschauend. Die Bildung bleibt ein Schwerpunkt: Beispielsweise investieren wir zurzeit 700 Millionen Franken für den Ausbau und den Unterhalt der Schulhäuser und bauen die Tagesstrukturen aus.

Jetzt reden Sie die Sparmassnahmen schön. Immerhin werden alleine im Bildungsbereich 39 Stellen abgebaut.
Es ist nicht möglich zu sparen, ohne auch bei der grössten Direktion den Rotstift anzusetzen. Wir haben die Massnahmen bei der Bildung aber sorgfältig evaluiert. Die wenigsten führen zu einem Leistungsabbau. Und was das Gesundheitswesen betrifft: Die Kostenumverteilung bei den Forschungsgeldern und den gemeinwirtschaftlichen Leistungen ist keine Sparmassnahme. Das Personal, die Patientinnen und die baselstädtischen Prämienzahler sind davon nicht betroffen.

Das sehen die Personalvertreter allerdings anders: Das Pflegepersonal befürchtet, dass die Kostenabwälzung auf die Krankenkassen den Effizienzdruck weiter verstärken wird. Und auch die Lehrerinnen und Lehrer warnen, dass eine Vergrösserung der Schulkassen falsch wäre – vor allem deshalb, weil das integrative Schulmodell schon genug fordere.
Dass der Druck in diesen Berufsfeldern steigt, will ich keinesfalls abstreiten. Wir haben uns aber um grösstmögliche Opfersymmetrie bemüht. Und was die Klassengrössen betrifft: Wir haben keine gesetzliche Erhöhung der Klassengrössen beschlossen, sondern wollen lediglich die heute bestehenden Bestimmungen besser ausschöpfen.

Steuererhöhungen sind nicht Teil des Sparpakets. Warum setzen Sie den Hebel nicht bei der Einnahmenseite an?
Ich bin klar für eine Erhöhung der Dividendenbesteuerung von fünfzig auf mindestens siebzig Prozent. Doch diese Forderung muss auf nationaler Ebene, als Teil der Unternehmenssteuerreform III, durchgesetzt werden. Die baselstädtische Regierung hat bewusst auf eine kantonale Reform verzichtet, um das nationale Anliegen nicht zu schwächen.

Was befürchten Sie genau?
Was ich befürchtete, ist bereits eingetroffen: Kürzlich hat die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rats einen Vorstoss der SP zur Erhöhung der kantonalen Dividendenbesteuerung abgelehnt. Dieses Anliegen ist also auch in Basel-Stadt erst mehrheitsfähig, wenn es national eingeführt wird.

Das bedeutet aber auch: Gespart wird im linken Basel auf jeden Fall; für Steuererhöhungen hingegen gibt es keine Garantie.
Nein, diese Garantie gibt es nicht.

Eva Herzog (53) ist seit 2005 Vorsteherin des Finanzdepartements des Kantons Basel-Stadt.

Quelle: WoZ Nr. 28, 9. Juli 2015

Nr. 28/2015 vom 09.07.2015

DIE KANTONE IM VERGLEICH

Das Zauberwort ist überall das gleiche

Fast alle Kantone haben in den letzten zwei Jahren Sparpakete geschnürt. Die WOZ-Grafik zeigt die beschlossenen jährlichen Einsparungen pro Kopf. Berücksichtigt sind dabei von 2013 bis heute verabschiedete Massnahmen.

Von Sarah Schmalz

GRAFIK: WOZ; QUELLE: ANFRAGE BEI ALLEN KANTONEN

Die Kantone sparen: Insgesamt rund zehn Milliarden Franken, wie die WOZ-Recherche zeigt. Das Zauberwort, um die Pakete durchzubringen, lautet «strukturelles Defizit». Wie grotesk die Sparprogramme sind, zeigt die Statistik: Pro Kopf betrachtet liegt Schwyz an der Spitze – jener Kanton, der neben Zug die höchste Dichte an MultimillionärInnen aufweist. Gleichzeitig ist der Steuersatz für Unternehmen nur in Nidwalden noch tiefer.

Besonders grosszügig wurde in Schwyz die Unternehmenssteuerreform II ausgelegt – in keinem anderen Kanton wurden nach der Reform, die den Bund um gut eine Milliarde Steuergelder brachte, Dividendenausschüttungen niedriger besteuert: Schwyz gewährte einen Rabatt von 75 Prozent.

Die Kantone stapeln tief

Den virulenten Zusammenhang zwischen tiefen Steuern und Sparpaketen belegt eine aktuelle Studie des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB): Überall, wo die Studie im Zeitraum von 2000 bis 2011 überproportionale Steuersenkungen für Firmen und Vermögende konstatiert, folgten grosse Sparübungen. Das gilt etwa für den Kanton St. Gallen, der aktuell nur deshalb nicht zu den Sparspitzenreitern gehört, weil er bereits

2011 zu sparen begann. Das aktuell wirksame Programm ist das dritte der letzten vier Jahre.

Die SGB-Studie zeigt auch: Die allermeisten Kantone budgetieren zu pessimistisch. Tatsächlich beweist die Studie, dass in der Vergangenheit die tatsächlichen Abschlüsse fast durchweg besser waren als die prognostizierten: 3,9 Prozent betrug der durchschnittliche Budgetierungsfehler 2009 bis 2012. Woran liegt das? «An Rechnungsfehlern», sagt SGB-Chefökonom Daniel Lampart. Die Kantone bereinigten die konjunkturellen Steuerausfälle nicht. Gleichzeitig werde auf der Einnahmenseite das Wirtschaftswachstum ignoriert. Frappant, sagt Lampart, sei dies in Bern – einem Kanton, der seit 2009 jährlich Sparpakete schnürt. «Es ist in den Kantonen verpönt, höher zu budgetieren als tatsächlich abzuschliessen: Man hat wohl Angst vor der Implikation, man habe die Finanzen nicht im Griff. Also lässt man lieber immer etwas Luft nach oben – mit gravierenden Folgen.»

«Schulden sind nichts Schlimmes»

Kommt hinzu, dass die meisten Kantone nettovermögend sind. «Schulden sind nicht schlimm, solange die Vermögen höher sind als die Bruttoschuld», sagt Lampart. «Und das ist fast überall der Fall.» Der Ökonom zieht deshalb eine klare Bilanz aus seiner Studie: «Die Sparpakete sind unnötig.» Echte strukturelle Defizite gebe es nur in Kantonen, die ihre Steuern ins Bodenlose gesenkt hätten. «Also muss diese Fehlentwicklung korrigiert werden.» Statt Steuern einzutreiben, streichen die Kantone nun aber ihre Leistungen zusammen. Fast fünfzig Prozent der Kürzungen betreffen die Bereiche Bildung, Soziales und Gesundheit.

Doch gibt es auch Anzeichen dafür, dass die Bevölkerungen genug haben von der ungehemmten Umverteilung nach oben: Im Tiefsteuerkanton Schwyz wurde einer Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf fünfzig Prozent zugestimmt. Dazu werden Einkommen ab 230 000 Franken künftig höher besteuert. Auch in Genf, Schaffhausen, Solothurn und Appenzell Innerrhoden sind Steuerfusserhöhungen Teil der Entlastungspakete. Appenzell Ausserrhoden hat seine bisherige Tiefsteuerpolitik gar als verfehlt bezeichnet. Im Aargau wiederum lehnte die Bevölkerung einen Teil des Sparpakets in Höhe von rund 25 Millionen Franken klar ab. Und auch in Basel-Stadt gibt es breiten Widerstand (vgl. **«Schwimmen in einem Becken mit zu wenig Wasser»**[1]).

Links

1. https://www.woz.ch/1528/sparen-im-kanton-basel-stadt/schwimmen-in-einem-becken-mit-zu-wenig-wasser

Quelle: WoZ Nr. 28, 9. Juli 2015